



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 07.11.2019, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

**TOP 2**

**Umstrukturierung Zentraler Ansprechpartner für  
Veranstaltungen**

**Vorl.Nr. 366/19**

---

### **Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, erläutern Herr **Kreh** (Geschäftsführer Eigenbetrieb Tourismus & Events Ludwigsburg) und Herr **Mayer** (Fachbereich Sicherheit und Ordnung) den Bericht zur Umstrukturierung der Stelle des Zentralen Ansprechpartners für Veranstaltungen.

Anschließend wird die Aussprache eröffnet.

Stadträtin **Seyfang** bittet, dass auf der städtischen Homepage deutlich erklärt wird, wie der Gestattungsantrag elektronisch ausgefüllt und direkt an die Verwaltung zurückgeschickt werden kann.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt, dass der Impuls zu dieser Umstrukturierung aus der Verwaltung kommt.

Stadtrat **Rothacker** vertritt die Meinung, dass durch die Umstrukturierung die Genehmigungs-koordination zwar schneller, jedoch nicht zwingend einfacher wird. Schließlich gebe es zahlreiche Sicherheitsvorlagen, die immer strenger werden.

Der Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt nimmt die Mitteilungsvorlage Nr. 366/19 zur Kenntnis.

**TOP 3**

**Westrandstraße und Öffnung Standspur A81**

**Vorl.Nr. 398/19**

---

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) informiert, dass bei den zwischenzeitlich erfolgten Abstimmungsterminen mit dem Regierungspräsidium die Schnittstelle am Knotenpunkt Ostrampe / L1140 / Westrandstraße neu definiert wurde. Der Umbau der Ostrampe erfolgt durch das Regierungspräsidium Stuttgart. Zuständigkeitshalber werde das Regierungspräsidium auch den gesamten Knotenpunkt an der L1140 ausbauen. Grundlage sei hierbei die Planung der Stadt Ludwigsburg.

---

Als weitere Maßnahme des Regierungspräsidiums sei im kommenden Jahr eine Fahrbahndeckenerneuerung auf der A 81 geplant. Im Schatten dieser Maßnahme werde das Regierungspräsidium den Ausbau der Ostrampe und der L1140 ausführen. Diese Arbeiten werden im Sommer 2020 beginnen. Die Stadt Ludwigsburg werde dann für die Umsetzung der an den Knoten anschließenden Westrandstraße verantwortlich sein. Es sei geplant, den Erdbau parallel zu den Bauarbeiten an der L1140 zu beginnen, um die vom Regierungspräsidium eingerichteten Sperrungen mit nutzen zu können. Zur Vergabe der Leistungen werde es eine europaweite Ausschreibung geben. Die Stadtverwaltung hoffe die Vergabe im 2. Quartal 2020 vorzunehmen, um im Sommer 2020 mit den Arbeiten beginnen zu können. Frau Schmidtgen geht auch auf die Öffnung der Standspur auf der A 81 ein. Sie teilt mit, dass die Planung und Bearbeitung dieser Maßnahme nicht im städtischen Einflussbereich liegt. Die Stadtverwaltung habe die Anfrage aus dem Antrag 179/19 zum Stand des Planfeststellungsverfahrens daher an das Regierungspräsidium Stuttgart und an die mit der Planung beauftragte Projektmanagementgesellschaft DEGES weitergeleitet. Nach Erörterung der DEGES werden im Bereich der Anschlussstelle Ludwigsburg Süd weitreichende bauliche Maßnahmen erforderlich. Diese beinhalten zwei neue Brückenbauwerke für die Ein- und Ausfädelungstreifen, Anpassungen an den Zu- und Abfahrtsrampen sowie Regenklär- und -rückhaltmaßnahmen. Die wesentliche Aufgabe bestehe darin, die Fahrbahnmarkierungen auf die Belange der temporären Seitenstreifenfreigabe zwischen Pleidelsheim und Zuffenhausen anzupassen und Nothaltebuchten zu errichten. Die DEGES betreue den Abschnitt der temporären Seitenstreifenfreigabe zwischen Anschlussstelle (AS) Ludwigsburg Nord und AS Ludwigsburg Süd inklusive der erforderlichen Umbauarbeiten an der AS Ludwigsburg Süd. Der Abschnitt zwischen Ludwigsburg Süd und der AS Zuffenhausen werde weiterhin durch das Regierungspräsidium betreut. Für den durch die DEGES betreuten Abschnitt werden zurzeit die Genehmigungsunterlagen erstellt. Die Einleitung des Genehmigungsverfahrens sei für Frühjahr 2020 vorgesehen. Sollten sich keine wesentlichen Verzögerungen im Genehmigungsprozess ergeben, kann ein Baubeginn voraussichtlich im Frühjahr 2023 stattfinden.

Stadtrat **Herrmann** äußert sich erfreut über die klare Aussage der übergeordneten Stellen zum weiteren Vorgehen und möchte wissen, wie lange der Bau der Westrandstraße dauern wird.

Stadträtin **Dr. Knoß** erkundigt sich ebenfalls nach der Dauer der Bauzeit. Zudem fragt sie, was gemacht werden kann um zu verhindern, dass die Westrandstraße zu einem neuen Schleichweg für diejenigen wird, die nicht auf der Autobahn fahren möchten.

Frau **Schmidtgen** teilt mit, dass die Gesamtmaßnahme „Westrandstraße“ zwei Jahre dauern wird. Die Maßnahme beinhalte sowohl die zwei Kreisverkehre als auch die freiraumplanerische Gestaltung im vorderen Bereich.

Stadträtin **Dr. Knoß** bittet, im Rahmen der Baumaßnahme auch die Radwegführung im Bereich der Westrandstraße zu überarbeiten.

BM **Ilk** entgegnet, dass diese Überarbeitung bereits vorgenommen wurde. Durch eine Signalanlage ließe sich steuern, dass die Westrandstraße nicht zu einem Schleichweg für diejenigen wird, die nicht auf der Autobahn fahren möchten.

Stadtrat **Haag** fragt, ob es Fortschritte bei den Lärmschutzmaßnahmen an der A 81 gibt. Zudem bittet er die Stadtverwaltung, dem Regierungspräsidium den Wunsch mitzuteilen, dass die Auffahrt in Zuffenhausen nicht gesperrt wird.

Frau **Schmidtgen** sagt, dass die Stadtverwaltung keine Kenntnis über die geplanten Lärmschutzmaßnahmen an der A 81 hat, da diese nicht von ihr realisiert werden. Den Wunsch, die Auffahrt in Zuffenhausen nicht zu sperren, werde die Stadtverwaltung gerne an das Regierungspräsidium weiterleiten. Bezug auf die Brückenbauwerke nehmend informiert Frau Schmidtgen, dass diese sich zwischen den Anschlussstellen befinden und lediglich verbreitert werden.

Der Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist durch die Mitteilungsvorlage 398/19 erledigt.

**Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, erläutert Herr **Knobloch** (Fachbereich Nachhaltige Mobilität), wie die Verwaltung bei der Dachbegrünung von Bushaltestellen vorgehen möchte. Mit der Firma Ungeheuer + Ulmer besteht ein Konzessionsvertrag über die Aufstellung und Unterhaltung der Bushaltestellen. Die vorhandenen Haltestellen gehören bis auf wenige Ausnahmen nicht der Stadt. Der Konzessionsvertrag läuft noch bis Ende 2023. Bis zur erneuten Ausschreibung des Konzessionsvertrags werden die Möglichkeiten zur Dachbegrünung detaillierter geprüft und, wenn möglich, in die Ausschreibung aufgenommen. Bei der Planung neuer Bushaltestellen werden alternative Begrünungsmöglichkeiten geprüft, wie z.B. Rankpflanzen – eventuell in Kombination mit PV-Paneelen.

Nach Aussage von Stadtrat **Handel** ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zufrieden mit dieser Vorgehensweise.

Stadtrat **Klotz** gibt die Kosten für die Begrünung der Bushaltestellen und für die anschließende Unterhaltspflege zu bedenken. Er fragt, ob es für begrünte Bushaltestellen Langzeiterfahrungen von anderen Städten gibt. Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoller zu eruiieren, welche Dachflächen im Stadtgebiet begrünt werden könnten und hier mit finanziellen Anreizen die Eigentümer zu einer Begrünung zu bewegen. Das würde mehr bringen als nur bestehende Bushaltestellen zu begrünen.

Stadtrat **Rothacker** betont, dass die Bushaltestellen auch mit der Begrünung einen freien Blick ermöglichen sollten. Auch er erachtet es als nachhaltiger Dachflächen zu begrünen als lediglich die Bushaltestellen. Das Gesamtkonzept der Verwaltung sei gut, könne allerdings nur bei der Planung neuer Bushaltestellen umgesetzt werden.

**TOP 4****Gründach auf Bushaltestellen**

---

Stadtrat **Maier** sagt, dass die SPD-Fraktion die Begrünung sämtlicher Flächen im Stadtgebiet unterstützt. Für ihn stelle sich allerdings auch die Frage, wie man mit Vandalismus an begrünten Bushaltestellen umgehen könnte.

An der Installation von Fotovoltaik-Anlagen auf Dachflächen sieht Stadtrat **Haag** eine sinnvollere Klimaschutzmaßnahme. Diese sei nicht nur nachhaltig, sondern biete der Stadt auch Möglichkeiten zur Refinanzierung.

Stadtrat **Müller** empfiehlt zu prüfen, ob an den Bushaltestellen auch Fotovoltaik-Anlagen angebracht werden könnten. Zudem sollte untersucht werden, welche Dächer in der Stadt begrünt werden könnten.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 4.1****Gründach für Bushaltestellen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
08.10.2019****Vorl.Nr. 377/19**

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist mit dem Bericht der Verwaltung erledigt.